

Jens Warburg*

»... darf's ein bisschen mehr sein?«

Die neue deutsche Aufrüstung

Zusammenfassung: Durch den Angriff auf die Ukraine wurde die NATO als Militärbündnis reaktiviert. Gleichzeitig wurde in der Bundesrepublik mit großem Konsens beschlossen, dass die Bundeswehr massiv aufrüsten wird. Der Artikel untersucht, auf welches Kriegsszenario sich die Bundesrepublik und ihre Verbündeten vorbereiten, und geht auch der Frage nach, welche Folgen die Aufrüstung für die Bundesrepublik haben könnte.

Schlagwörter: Ukraine-Krieg 2022, Aufrüstung, Bundeswehr, 100-Milliarden-Euro-Paket

»... may it be a little more?«

The New German Rearmament

Abstract: The attack on Ukraine reactivated NATO as a military alliance. At the same time, it was decided with great consensus in the Federal Republic that the Bundeswehr would be massively rearmed. The article examines what kind of war scenario the Federal Republic and its allies are preparing for, and also explores the question of what consequences rearmament could have for the Federal Republic.

Keywords: Ukraine War 2022, Rearmament, Bundeswehr, 100 Billion Euros Package

Das Regime Putins hat es geschafft: Nachdem der französische Staatspräsident Emmanuel Macron 2019 den »Hirntod« der NATO diagnostiziert hatte, wurde diese mit dem Angriff auf die Ukraine als Militärbündnis wiederbelebt. In den Jahren zuvor dümpelte sie vor sich hin und manch einer wusste nicht so recht, welche Existenzberechtigung sie noch hätte. Schon seit Jahren sind sich die Bündnisstaaten in vielen wesentlichen sicherheitspolitischen Fragen vor allem eines: uneinig. Zum Beispiel positionierte sich das Bündnis nicht zur Militäroffensive der Türkei in Nordsyrien gegen die vorwiegend kurdisch ver-

* Jens Warburg ist Sozialwissenschaftler und Supervisor.

walteten Autonomen Regionen (2019); zum Bürgerkrieg in Libyen (2011) gab es kein Einvernehmen und auch danach engagierten sich die Mitgliedsstaaten mehrfach auf Seiten unterschiedlicher Bürgerkriegsparteien. Ähnliches ließ sich auch zum Krieg in Syrien feststellen. Und je konkreter eine gemeinsame Entscheidung erforderlich schien, wie auf die Aggressionen Russlands in der Ukraine zu antworten sei, desto diffuser und unentschiedener fielen die Antworten der Mitgliedsstaaten aus. Nicht zufällig koordinierten seit dem Kosovo-Krieg (1999) und in Afghanistan (ab 2001) die europäischen Staaten und die USA ihr militärisches Engagement weitgehend nicht auf der Basis der NATO, sondern mit anderen internationalen Organisationen wie der UN oder der EU und auf der Grundlage von bilateralen Vereinbarungen (siehe beispielsweise die französische Militäroperation Barkhane seit 2014).

Die 2014 getroffene Verabredung zwischen den NATO-Staaten, circa zwei Prozent des jährlichen Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Rüstung und Militär auszugeben, hielten die meisten Mitgliedsstaaten nicht ein. Die Bundesrepublik, größte europäische Wirtschaftsmacht, steigerte zwar ab 2014 ihren Militäretat, blieb aber weit unter dem Zwei-Prozent-Ziel. Mit dem Angriff auf die Ukraine hat sich all dies grundlegend geändert. Das Militärbündnis hat zu einer neuen Geschlossenheit gefunden. Schweden und Finnland, die über Jahrzehnte ihre Neutralität erklärten, haben Mitgliedsanträge gestellt. Die NATO gilt nun als Garant gegenüber einem Angriff durch Russland. Mit Kriegsbeginn haben viele Staaten ihre Ausgaben für Rüstung eklatant erhöht. Für die Bundesrepublik werden nach der Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz am 28.2.2022 100 Milliarden Euro kurzfristig zusätzlich für die Bundeswehr zur Verfügung gestellt und auch dauerhaft soll das Zwei-Prozent-Ziel eingehalten werden. Dies war vor dem Angriff Russlands kaum vorstellbar. Der Beschluss, dass die Bundesrepublik allein für diesen Zweck 100 Milliarden Euro Schulden aufnimmt, wurde mit einer Mehrheit von über 88 Prozent im Bundestag (3.6.22) und eine Woche später im Bundesrat verabschiedet (Bundesregierung 2022). Im Rahmen der Ostermärsche im April des Jahres wurde zwar das 100-Milliarden-Paket abgelehnt, doch seitdem kann man feststellen, dass dieser Beschluss auch außerhalb der Parlamente keinen weiteren Widerspruch auslöst.

Kaum ein Sprecher oder eine Sprecherin auf den Kundgebungen des Ostermarschs hielt es für nötig, sich mit dem 100-Milliarden-Paket inhaltlich auseinanderzusetzen. Ihre Kritiken beschränkten sich auf eine simple Ablehnung.¹ Dadurch kann nicht erfasst werden, welche politischen Verände-

1 »Gegen 100 Milliarden für Bundeswehr: Ostermärsche in Bayern«, <https://www.zeit.de/18.4.2022>.

rungsprozesse sich vollziehen, und selbst die häufig beklagte Militarisierung der Außenpolitik bleibt lediglich ein Schlagwort. Statt einer abstrakt bleibenden Kritik wird im Folgenden einigen Fragen nachgegangen, die sich im Zusammenhang mit der beabsichtigten Aufrüstung stellen, und das Ziel der Aufrüstung wird untersucht. Der Artikel kommt zu der These: Da sich die Aufrüstung über Jahre hinziehen wird, kann sie nicht der unmittelbaren Gefahrenabwehr dienen. Auf welches Kriegsszenario sich die Bundesrepublik und ihre Verbündeten vorbereiten, lässt sich nicht zuletzt daran erkennen, welche Waffen und Ausrüstung beschafft werden sollen. Und welche Folgen wird die anvisierte Aufrüstung auf das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft haben?

Zustand der Bundeswehr

Die Aufrüstungsbeschlüsse der Bundesregierung zielen auf die Stärkung der Streitkräfte ab, um einer militärischen Bedrohung glaubwürdig entgegenzutreten zu können, die etwa die baltischen Staaten durch russische Streitkräfte erfahren könnten. Dabei handelt es sich um eine Auf- und Umrüstung. Für die Bundeswehr bedeutet diese Umrüstung eine Rolle rückwärts. Bis Anfang der 1990er-Jahre orientierten sich Struktur und Rüstung der Bundeswehr fast ausschließlich an einem konventionellen Kriegsszenario an den östlichen Landesgrenzen der Bundesrepublik. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes verlor diese Ausrichtung ihren Sinn und die militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr in diesen Bereich wurden sukzessive abgebaut. Verbände wurden aufgelöst und viele Waffensysteme verschrottet beziehungsweise verkauft. Die Bundeswehr wurde allmählich zu einer leidlich funktionierenden Interventionsarmee umgebaut, die seit Ende der 1990er-Jahre für Militärinterventionen in fernen Regionen eingesetzt wurde, davon fast 20 Jahre lang in Afghanistan. Mit dem Ukraine-Krieg ist der territoriale Staatenkrieg für die Bundeswehr wieder zu einem realistischen Einsatzszenario geworden und sie benötigt nun wieder militärische Fähigkeiten, über die sie gegenwärtig nur in geringem Ausmaß verfügt.

Fähigkeiten wie die Luftverladefähigkeit der Truppen, die seit den 2000er-Jahren ein zentrales Element für die entwickelten Waffen und die Truppenstruktur waren, spielen von nun an eine untergeordnete Rolle. In den *failed states*, in denen die Bundeswehr intervenieren sollte, verfügen die Gegner nicht über Luftstreitkräfte und auch nicht über gepanzerte Verbände. Erwartet wurden Gegner, die Infanteriewaffen – von Maschinengewehren bis hin zu Granatwerfern – einsetzen, und die den Guerilla-Krieg bevorzugen. Im territorialen Staatenkrieg, auf den sich die Bundeswehr nun vorzuberei-

ten hat, sind die SoldatInnen nicht mit einem weitgehend unsichtbaren Gegner konfrontiert, der vorwiegend Anschläge ausführt. In einem derartigen Krieg kämpft der Gegner um die Luftüberlegenheit und setzt Artillerie sowie Panzer ein, um die Dominanz im Gefechtsfeld zu erringen. Deshalb wird die Bundeswehr nun ihrerseits wieder größere Militärverbände aufbauen. Drehte sich in den vergangenen Jahrzehnten die Struktur der Heeresverbände um die Brigade (zwischen ungefähr 1.500 bis 5.000 SoldatInnen), wird gegenwärtig wieder stärker die Rolle der Division betont, die aus mehreren Brigaden besteht. Die Brigade galt als das Kernelement der Einsatztruppen, und ihnen sollten dann passend für das jeweilige Einsatzszenario Unterstützungsverbände zugeteilt werden. Nun sollen diese Unterstützungsverbände – das sind zum Beispiel Fernmelde-, Aufklärungs-, Luftabwehr- und Artillerieeinheiten – fest einer Division zugeordnet werden. Dies bedeutet, dass die Verbände »wieder« darauf vorbereitet werden sollen, geschlossen und in großen Einheiten eingesetzt, sprich in den Kampf geschickt zu werden. Auf die Luftverladefähigkeit der Einheiten wird nicht gänzlich verzichtet. Sie wird voraussichtlich zum Kennzeichen einer bestimmten Division, der »Division Schnelle Kräfte«. Die hier zusammen gefassten Einheiten werden am ehesten geeignet sein, Militärinterventionen weit jenseits der europäischen Grenzen durchführen zu können (Kirsch 2022).

Die neue NATO-Strategie

Die Bundesrepublik ist ein Mitgliedsstaat der NATO. Wesentliche Teile der Bundeswehr sind deshalb den NATO-Streitkräften zugeteilt. Die im Juni 2022 beschlossene NATO-Strategie informiert also auch darüber, wofür die Bundesrepublik 100 Milliarden Euro Schulden aufnimmt. Das Strategie-Konzept markiert einen Bruch mit den zuvor veröffentlichten Papieren. Seit den 1980er-Jahren benannte das Bündnis keinen konkreten Gegner. Viel war zwar vom Terrorismus die Rede, zum Beispiel vom »radikalislamischen«, aber ansonsten wurde eher allgemein von Instabilität gesprochen und von der Verantwortung der NATO für Sicherheit zu sorgen (Strutynski 2011). Nun ist im Strategie-Konzept der Satz zu finden, dass die »Russische Föderation [...] die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum« ist (alle nachfolgenden Zitate aus dem Papier sind der offiziellen deutschen Übersetzung entnommen. Hier: NATO 2022: Absatz 8).

Mit dem Ukraine-Krieg ist die russische Föderation zu einem offenkundigen Gegner des westlichen US-amerikanisch-europäischen Staatenbundes geworden. Der Angriff des Regime Putins auf die Ukraine zielt aber nicht

nur auf die Ukraine, sondern auf alle Nachbarstaaten, die die Vorherrschaft Russlands im Kaukasus und in Osteuropa infrage stellen könnten. Wie die Beteiligung Russlands an der Zerschlagung der Opposition in Belarus deutlich macht, wird auch kein friedlicher Wandel in den Anrainerstaaten geduldet, der die staatliche, soziale und kulturelle Verfasstheit Russlands gefährden könnte (Laqueur 2015; Höhle 2022).

Gleichzeitig ist der Auffassung zu widersprechen, mit dem Ukraine-Krieg würde sich das Szenario des Kalten Krieges wiederholen, das die politischen Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Kollaps des Warschauer Paktes in Europa prägte. Im aktuellen Kriegsverlauf in der Ukraine sind die russischen Streitkräfte weit davon entfernt, das NATO-Bündnis insgesamt ernsthaft zu gefährden. Nach umfangreichen Waffenlieferungen aus den westlichen Staaten, der Ausbildung ukrainischer Soldaten an westlichen Waffensystemen und der nachrichtendienstlichen Unterstützung hat die ukrainische Armee den Vormarsch der russischen Streitkräfte gestoppt und sie teilweise zurückdrängen können (Stand: Anfang Oktober 2022). Damit ist der Krieg für die Ukraine nicht gewonnen. Und nach wie vor kann er sich über die Ukraine hinaus ausweiten, selbst wenn die westlichen Staaten es offenkundig vermeiden wollen, mit eigenen Truppen vor Ort präsent zu sein. Die Gefahr ist nicht gebannt, dass im Falle einer Niederlage der Ukraine andere Staaten – insbesondere die baltischen Staaten, Moldau und Georgien – zu Zielen russischen Hegemoniestrebens werden. Dass die russische Politik unter Putin schwere strategische Fehleinschätzungen machen kann, hat sie mit dem Angriff auf die Ukraine bewiesen. Solche Fehler könnte sie, vor allem vor dem Hintergrund innenpolitischer Krisen, wiederholen. Durch die deutsche Aufrüstung wird also keine unmittelbare Kriegsgefahr gebannt, aber sie kann als Beitrag dazu bezeichnet werden, russische Hegemoniebestrebungen in Osteuropa und in den Anrainerstaaten einzugrenzen.²

Gleichzeitig dreht sich die Aufrüstungs-, wie die Militärpolitik der NATO insgesamt nicht allein um die Aufgabe, Russlands hegemoniale Fähigkeiten zu begrenzen. Die NATO ist zwar als Militärbündnis auf die unmittelbaren Mitgliedsstaaten vor allem in Westeuropa orientiert, aber sie greift weit über deren Territorien hinaus. So wird im NATO-Strategiepapier auch eine Gegnerschaft zu China benannt. Dazu heißt es, dass die »von der Volksrepublik China erklärten Ziele und ihre Politik des Zwangs [...]

2 »Es wird nichts mehr so sein wie es war«. Gespräch mit Carlo Masala, <https://www.falter.at/> (20.9.2022); »Russland und das Baltikum – Erinnerung an die Übernahme durch Stalin ist allgegenwärtig«, <https://www.br.de/> (24.3.2022).

unsere Interessen, unsere Sicherheit und unsere Werte vor Herausforderungen« stellten. Das Land strebe »danach, die regelbasierte internationale Ordnung zu untergraben, auch in den Dimensionen Weltraum, Cyber und See.« Deshalb werde die NATO »verantwortungsvoll zusammenarbeiten, um die von der Volksrepublik China ausgehenden systemischen Herausforderungen für die euro-atlantische Sicherheit anzugehen und sicherzustellen, dass die NATO dauerhaft in der Lage bleibt, die Verteidigung und Sicherheit der Verbündeten zu garantieren.« Dazu werde man unter anderem die »Einsatzbereitschaft« erhöhen und für die »regelbasierte internationale Ordnung einschließlich der Freiheit der Schifffahrt eintreten.« (NATO 2022: Absatz 13) Diese Ausführungen sind vor allem als symbolische Unterstützung für die USA zu interpretieren. Auf diese Art wollen die europäischen NATO-Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass die USA sich weiterhin für westeuropäische außenpolitische Ziele engagieren.

Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, hat bereits die Regierung Obama deutlich gemacht. Wiederholt betonte sie, der chinesische Staat sei in ökonomischer Konkurrenz zu den USA getreten, strebe hegemoniale Positionen im asiatischen Raum an und stehe insofern im Widerspruch zu US-Interessen. Im November 2011 erklärte Obama in einer Rede in Australien, dass der Schwerpunkt des sicherheitspolitischen Engagements der USA zukünftig verstärkt im ostasiatischen Raum liegen werde (Obama 2011). Dies bedeutete bereits damals im Umkehrschluss, dass die west-europäischen Staaten ihre Interessen in ihrem Umfeld verstärkt mit eigenen Kräften durchsetzen müssen (Paul 2015: 30). Die Konfrontation zwischen USA und China eskalierte unter der Trump-Regierung, da diese feststellen musste, dass sie durch Boykottmaßnahmen Chinas Machtanspruch nicht brechen konnte. Gegenwärtig wird die Gegnerschaft zu China wieder mehr mit den sicherheitspolitischen Interessen und dem Engagement für Menschenrechte und Freiheit begründet, vor allem im Hinblick auf Taiwan. Da das Verhältnis der USA zu China auf Dauer anfällig für Krisen bleibt, wird sich die US-Regierung kaum mit bloßer Symbolik zufrieden stellen. Deshalb lassen sich etwa im maritimen Bereich bundesdeutsche Rüstungsvorhaben finden, die die Bundeswehr dazu befähigen sollen, Schiffe in den Pazifik zu entsenden. In diesen Kontext fällt auch die erstmalige Verlegung von sechs Eurofightern zu einem Militärmanöver nach Singapur. Innerhalb von 24 Stunden überwand diese und weitere Militärmaschinen die Distanz von mehreren tausend Kilometern, was nur durch wiederholtes Betanken in der Luft möglich war. Selbst wenn es das vor allem eine unterstützende Geste gegenüber den USA und ihrer Ver-

bündeten im südostasiatischen Raum ist, können solche Demonstrationen im Ernstfall mehr als nur Übungsmanöver darstellen.³

Es gibt indes auch noch einen weiteren Grund für das wachsende deutsche militärische Engagement. Anfang August hielt die amtierende Außenministerin Baerbock eine Rede in New York und betonte, dass es in den kommenden Jahren darum gehe, die Europäische Gemeinschaft strategischer auszurichten, um sie zu befähigen, »auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten umzugehen: in einer Führungspartnerschaft.« (Baerbock 2022) Beachtenswert ist an dieser Stelle die Betonung der EU – die NATO wird demgegenüber gar nicht erwähnt.⁴ Das Ziel einer transatlantischen Führungspartnerschaft »auf Augenhöhe« dürfte nicht unbedingt dem Interesse der USA entsprechen. Die USA möchten unterstützt werden, ob sie jedoch eine Führungspartnerschaft akzeptieren werden, ist fraglich. »America First« stellt zwar eine Linie der US-Politik dar, die unter der Trump-Regierung propagandistisch gepflegt wurde, aber das Land verfolgte und verfolgt auch sonst häufig eine Außenpolitik, die nicht mit derjenigen ihrer westlichen Bündnispartner konform sein muss (Plasa 2019). US-PolitikerInnen dürften gegenüber einer Politik des Flagge-Zeigens europäischer Staaten im Pazifik, wenn damit überdies ein Führungsanspruch verbunden wird, bestenfalls eine ambivalente Einstellung haben. Zwar bleibt unbestimmt, wo die Bruchstellen zur US-Politik liegen werden, aber dem transatlantischen Partner ist wohlbekannt, dass die europäischen Staaten eigene Interessen an der Sicherung ihrer Exporte in die und ihrer Importe aus der Region haben.

Das Einsatzszenario der Militärinterventionen in *failed states* wird auch zukünftig Bestandteil des sicherheitspolitischen Handels der NATO, der EU und der Bundesrepublik bleiben und Ressourcen binden. Im Rahmen des NATO-Strategie-Papiers wird dies vor allem im Abschnitt 11 ausgeführt. So heißt es hier, dass »Konflikte, Fragilität und Instabilität in Afrika und im Nahen Osten [...] unmittelbare Auswirkungen auf unsere Sicherheit und die Sicherheit unserer Partner [haben]. Die südliche Nachbarschaft der NATO, insbesondere der Nahe Osten, Nordafrika und die Sahelregion, stehen [sic!] Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit, Demografie, Wirtschaft und Politik gegenüber, die sich gegenseitig bedingen.« Als konkrete Gefahren werden die »Ausbreitung nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen einschließlich Terrororganisationen«, »Umweltschäden« und ein Anheizen des Menschenhandels sowie die »irreguläre Migration« benannt.

3 »Verlegung von Eurofighter: Präzisionsarbeit bei 800 Kilometern je Stunde und in 8700 Metern Höhe«, <https://www.faz.net/> (21.8.2022).

4 Mit der Betonung der Rolle der EU knüpft Außenministerin Baerbock an eine außenpolitische Konzeption an, die auch ihre Vorgänger bereits vertraten (vgl. Warburg 2020).

Womit soll die Bundeswehr aufgerüstet werden?

Materiell bedeutet die Um- und Aufrüstung, dass für die Bundeswehr eine Menge verschiedener Flugzeuge und Hubschrauber angeschafft werden müssen, die in der Lage sind, gegen gleichwertige Luftverbände zu kämpfen. Obendrein müssen für das Heer und für die Luftwaffe eine große Menge von Luftabwehrwaffen beschafft werden und die Heeresverbände müssen mit einem Set unterschiedlicher gepanzerter Fahrzeuge und mit Artillerieeinheiten ausgestattet sein. Wenn der amtierende Generalinspekteur des Heeres Alfons Mais auf einer Social-Media-Plattform am 24. Februar 2022 verlauten ließ, das Heer stehe »mehr oder weniger blank da«,⁵ dann verwies das vor allem darauf, dass das Heer bisher kaum in der Lage ist, einen Territorialkrieg im Sinne eines klassischen Staatenkrieges zu führen.

Von den 100 Milliarden Euro wurde mit dem Beschluss des Bundestages die Verwendung von rund 82 Milliarden Euro festgelegt. Die verbleibenden Milliarden sind zum Teil bereits im Etat des Bundesverteidigungsministeriums (Einzelplan 14) für schon länger beschlossene Rüstungsprojekte enthalten, werden aber um kostenintensive Vorhaben erweitert und voraussichtlich 2023 in das »Sondervermögen« überführt (siehe dazu das Bundeswehrfinanzierungs- und Sondervermögensgesetz). Die 100 Milliarden Euro sind also Ausgaben, die nur zu einem geringen Anteil im laufenden Einzelplan 14 enthalten sind, der sich auf über 50 Milliarden Euro beläuft. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2021 wurde der Einzelplan 14 um 7,3 Prozent erhöht (Bundesregierung 2022).

Was soll mit diesen Finanzmitteln angeschafft werden? Zwei Positionen, die über 50 Prozent der Ausgaben ausmachen, fallen ins Auge. Zum einen sollen über 20 Milliarden Euro für die Digitalisierung der Bundeswehr ausgegeben werden. Neben Funkgeräten vom Typ PRC-117G, die schon seit Jahren vor allem von den US-Streitkräften genutzt werden, soll die Satellitenkommunikation ausgebaut und es soll in verschiedene digitalisierte Kommunikations- und Aufklärungssysteme investiert werden, womit eine Digitalisierung der Bodenkriegsführung und ein »Battle Management System« ermöglicht wird. Zum anderen gibt es einen noch größeren Posten von über 33 Milliarden Euro. Er betrifft verschiedene Flugzeuge und Hubschrauber, bodengestützte Flugabwehrsysteme, die Seeaufklärung und weltraumgestützte Überwachungssysteme. Auch die israelische Drohne TP, über die die Bundeswehr verfügt, soll nun bewaffnet werden. Demgegenüber sind für die Marine vergleichsweise geringere Finanzmittel eingeplant. Im Beschluss

5 »Bundeswehr steht mehr oder weniger blank da«, <https://www.tagesspiegel.de/> (24.2.2022).

des Bundestages werden vor allem Rüstungsprojekte benannt, die schon seit Jahren auf der Agenda des Militärs stehen. Konkret geht es um den Bau von Fregatten, Korvetten und U-Booten, für die jeweils mehrere Milliarden Euro veranschlagt werden. Zumindest die Schiffe sind so ausgelegt, dass sie nicht nur in der Ost- und Nordsee, sondern zum Beispiel auch im Pazifik eingesetzt werden können.

Als Rüstungsausgaben, die unmittelbar dem Heer zugutekommen sollen, sind 16,6 Milliarden Euro vorgesehen, die für die Aufwertung des Schützenpanzers Puma und für die Anschaffung einer Vielzahl weiterer Radpanzer vorgesehen sind. Letztere müssen meist noch entwickelt werden. Auffallend ist, dass die Anschaffung neuer schwerer Panzer vom Typ Leopard 2 und diejenige von Artilleriesystemen nicht aufgeführt werden. Allerdings sind unter der Bezeichnung Main Ground Combat System (MGCS) die Entwicklungskosten für einen schweren Panzer zu identifizieren, an dem seit 2016 gearbeitet wird. Wie hoch hierfür die Kosten sind, ist unklar. Die Kosten für die Anschaffung dieser neuen Panzer sind im »Sondervermögen« nicht enthalten. Für neue Schuhe, Socken und andere Bekleidungsstücke sowie infanteristische Ausrüstungsgegenstände wie Nachtsichtgeräte, Schutzbrillen, Helme und Schutzwesten werden für das laufende Jahr und für 2023 ungefähr zwei Milliarden Euro eingeplant (siehe zu den einzelnen Posten Bundeswehrfinanzierungs- und Sondervermögensgesetz).

Bei der Ausgabenverteilung der 100 Milliarden Euro ist festzustellen, dass von den Rüstungskäufen im Bereich der Luftwaffe vor allem US-Konzerne profitieren werden, da sie schnell erprobtes Material produzieren und liefern können. Schon im März, also kurz nachdem Bundeskanzler Scholz das 100-Milliarden-Euro-Paket angekündigt hatte, wurde bekannt, dass bis zu 35 Mehrzweckflugzeuge des Typs F-35 Lightning II beschafft werden sollen. Damit sollen die meisten Flugzeuge vom Typ Tornado ersetzt werden. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Beschaffungskosten deutlich über 4 Milliarden Euro betragen können. Eigentlich war vorgesehen, dass eine noch zu entwickelnde Variante des Eurofighters die Aufgabe des Tornados übernehmen sollte. Dieser Entwicklungsprozess wird sich aber noch Jahre hinziehen, und für ihn sind ebenfalls Ausgaben in Milliardenhöhe vorgesehen. Mit der Entscheidung für die F35 hat die Bundesregierung – ohne dass dies viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätte – beschlossen, dass Deutschland weiterhin eigene Flugzeuge zur Verfügung stellt, damit die USA atomare Waffen einsetzen können. Das Konzept der nuklearen Teilhabe gehört zur atomaren Abschreckungspolitik der NATO und ist in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten umstritten. Deutschlands entsprechende Teilhabe wäre gefährdet gewesen, weil die Tornado-Flugzeuge als technisch überholt

galten und kein Ersatz für sie in Sicht war. Durch die Entscheidung für die F-35 ist dieses Thema vom Tisch (Wiegold 2022).

Bald darauf wurde bekannt, dass die Bundesregierung sich auch entschieden hat, eine aufgewertete Variante des schweren Transporthubschraubers Boeing CH-47F zu erwerben. Über eine derartige Neuanschaffung wurde seit 2017 diskutiert. In den kommenden Jahren sollen 60 Hubschrauber bestellt und geliefert werden. Die europäische sowie die deutsche Rüstungsindustrie werden zwar auch bei der Herstellung dieser Rüstungsgüter nicht leer ausgehen, sie werden aber nicht zuletzt von den langfristig wirksamen Beschaffungsmaßnahmen im Bereich der gepanzerten Streitkräfte profitieren. Zu einem guten Teil werden sie wohl auch die Munition herstellen, die in den kommenden Jahren angeschafft werden soll. In verschiedenen Zeitungen wird in diesem Zusammenhang die Summe von 20 Milliarden Euro genannt, die allein für Munition auszugeben ist, weil die Bundeswehr derzeit nur Vorräte für drei Tage hat. Zwischen den NATO-Staaten sei aber vereinbart, dass sie über Reserven für 30 Tage verfügen müssen.⁶ Diese Ausgaben sind allerdings nicht im 100-Milliarden-Euro-Paket der Bundesregierung zu finden und werden entsprechend in den kommenden Jahren im Einzelplan 14 auftauchen müssen.

Für die Herstellung neuer Munition, neuer Panzer und Schiffe muss insbesondere die deutsche Industrie erst Produktionskapazitäten aufbauen. Darum ist nicht nur unklar, welche und wie viele Waffen und Ausrüstungsgüter beschafft werden sollen, obendrein ist nicht bekannt, wer an welchem Ort und zu welchem Preis all diese Güter herstellen wird. Für den Aufbau der erforderlichen Produktionskapazitäten werden mitunter mehrere Jahre einkalkuliert. Schneller geht es, wenn wie im Falle der MV Werften in Wismar, anstelle von Kreuzfahrtschiffen für den asiatischen Markt nun U-Boote gebaut werden sollen. Im Juni 2022 wurde bekannt, dass thyssenkrupp Marine Systems den Standort vom damaligen Insolvenzverwalter übernommen hat. Der Standort der MV Werften in Rostock wurde direkt von der Bundesmarine gekauft, um dort Schiffe instand zu setzen.⁷ Dass an die Stelle eines Konsumgutes für den globalen Markt nun Rüstungsgüter erzeugt werden, könnte ein paradigmatisches Zeichen für die Umstellung der zukünftigen ökonomischen Ausrichtung Deutschlands sein (dazu weiter unten mehr).

Auch wenn die Bundesregierung beschlossen hat, die Drohne Heron TP zu bewaffnen, bildet dies nur den Auftakt für weitere Aufrüstungsmaßnahmen

6 »Ein zwölf Milliarden Euro teures Versäumnis«, <https://www.faz.net/> (30.5.2022).

7 »Perspektive für Wismar-Werft. U-Boote statt Kreuzfahrtschiffe«, <https://www.faz.net/> (10.6.2022).

mit bewaffneten Drohnen. Von der Militäroffensive der Türkei in Nordsyrien 2018 bis hin zu den Kämpfen zwischen armenischen und aserbajdschianischen Truppen 2020 wurde der Einsatz von bewaffneten Drohnen für den Gefechtsverlauf immer wichtiger. Auch der Krieg in der Ukraine zeigt, wie entscheidend der Einsatz höchst unterschiedlicher Drohnensysteme für die Kriegsführung ist. Sie werden in den Bereichen Aufklärung, Koordination von Waffeneinsätzen, als Waffenplattform sowie direkt als Waffen (Kamikaze-Drohnen) eingesetzt und gelten als mitunter entscheidender Faktor im Kampfgeschehen. Im 100-Milliarden-Euro-Paket sind Ausgaben für die auf Drohnen basierende Kriegsführung vor allem im Entwicklungsprogramm *Future Combat Air System* (FCAS) zu finden. Dabei handelt es sich um ein französisch-deutsch-spanisches Kooperationsprojekt zur Entwicklung eines bemannten Mehrzweckkampfflugzeuges. Es soll in der Lage sein, direkt von Drohnen Informationen empfangen zu können. Von Flugzeugen aus sollen parallel dazu auch bewaffnete Drohnen gesteuert werden. An diesem Projekt wird bereits seit acht Jahren gearbeitet und im Jahr 2027 soll es einen ersten flugfähigen Prototyp geben. Da es aber zwischen den Konzernen Dassault Aviation und Airbus anhaltenden Streit gibt, könnte dieses Projekt auch scheitern und könnten damit bereits gezahlte Entwicklungsgelder verpuffen. Zur Finanzierung des Projektes sind mehrere Milliarden des 100-Milliarden-Euro-Paktes vorgesehen (Wagner 2021).

Der strukturelle und organisatorische Umbau der Bundeswehr wird kostenintensiv sein. Es ist davon auszugehen, dass für die neu aufgestellten Truppen neue Bundeswehrstandorte geschaffen und bestehende Standorte um- und ausgebaut werden müssen (vgl. Kirsch 2022). Die Finanzierung dieses Umbaus der Bundeswehr ist jedoch nicht Teil des 100-Milliarden-Euro-Paktes. Es gilt als sicher, dass die bereitgestellten Mittel für die Entwicklung eines neuen Mehrzweckflugzeuges (FCAS) und eines schweren Panzertyps (MGCS) nicht ausreichen werden. Für ihre Anschaffung wären weitere Milliarden Euro notwendig. Die Rüstungsexporte in die Ukraine gehören ebenso wenig wie neu zu beschaffende Munition zum 100-Milliarden-Euro-Paket. Auch für die absehbare Vielzahl neuer Drohnen und möglicherweise noch zu bestellender neuer Artilleriegeschütze und schwerer Panzer vom Typ Leopard 2 gibt es keine Finanzplanung, die öffentlich bekannt geworden wäre.

Europäische Aufrüstung oder nationale Alleingänge?

Rüstungspolitik ist häufig staatliche Industriepolitik. Dies ist keine neue Feststellung (vgl. Schmidt 2020). Vor dem Hintergrund der enormen Kosten, die für die Entwicklung neuer Waffensysteme anfallen, ist seit den 1960er-Jah-

ren allerdings kaum noch ein einzelner europäischer Nationalstaat in der Lage, diese aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Seit Jahrzehnten wird deshalb in Europa immer wieder darum gerungen, Rüstungsvorhaben gemeinsam durchzuführen. Doch genauso häufig kam es zwischen den nationalen Militärs, den beteiligten Rüstungskonzernen und damit verbunden zwischen den Regierungen zu Streit. Konflikte zwischen den Beteiligten entstanden etwa deshalb, weil die jeweiligen Militärs unterschiedliche Vorstellungen hatten, über welche Fähigkeiten die Waffen verfügen sollten. Ein weiterer Streitpunkt war oftmals die Frage, welcher Konzern in welchem Umfang an der Entwicklung und Produktion zu beteiligen sei und in welchem Umfang die jeweiligen Nationalstaaten von dem Projekt profitieren würden. Dies kann man zurzeit beim Projekt des Kampfflugzeugs FCAS im Detail studieren (Heumer 2022). Die Folgen waren und sind, dass sich die Projekte verzögerten und wesentlich kostenintensiver ausfielen, wenn sie nicht ganz aufgegeben werden mussten.⁸ Fast ausschließlich im Bereich der Luftwaffe kamen einige wenige dieser Projekte tatsächlich über das Planungsstadium hinaus. Dabei handelt es sich um den Panavia Tornado, den Eurofighter Typhoon und das Transportflugzeug Airbus A400M. Vor allem in den 1970er-Jahren gab es obendrein noch vom Umfang her wesentlich kleiner angelegte Rüstungsk Kooperationen, etwa die Panzerabwehrrakete MILAN und die Lenkrakete HOT.

Im Lauf der Präsidentschaft Trumps wurde den west-europäischen politischen Klassen die Möglichkeit bewusst, dass die westlich orientierten europäischen Staaten zukünftig nicht mehr unbedingt mit den USA kooperieren würden. Ab 2017 wurde deshalb auf EU-Ebene verstärkt versucht, gemeinsame Rüstungsprojekte zu lancieren. Diese Initiative wurde als »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« bezeichnet, beziehungsweise mit dem englischen Akronym PESCO für *Permanent Structured Cooperation* belegt. Die damalige Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben: »Es war für uns wichtig, gerade nach Wahl des amerikanischen Präsidenten, uns eigenständig aufzustellen als Europäer.«⁹ Derartige Initiativen hat es bereits in der Vergangenheit gegeben. Stets wurde versucht, eine Standardisierung der Waffensysteme auf der Ebene der EU-Staaten zu erzielen sowie gemeinsam Rüstungsentwicklungen und -beschaffungen kostengünstiger voranzutreiben. Dafür gibt es auch gute Gründe, denn – wie ein Bericht der EU-Kommission aus dem Jahr 2013 feststellte

⁸ Genau diese Zeitverzögerungen sind dafür verantwortlich, dass im Bereich der Luftwaffe in erster Linie US-amerikanische Konzerne von den Rüstungsbeschaffungen profitieren werden. Sie können erprobte Waffensysteme relativ schnell liefern.

⁹ »Grundsatzdokument für EU-Verteidigungsunion ist unterzeichnet«, [https://www.zeit.de/ \(13.11.2017\)](https://www.zeit.de/ (13.11.2017)).

– es entfallen »90 Prozent aller Rüstungsentwicklungs- und 84 Prozent aller Beschaffungsprogramme innerhalb der EU auf die nationale Ebene«. ¹⁰ In einer Studie von 2015 verglich die Unternehmensberatung McKinsey die Rüstungsgüter der europäischen Streitkräfte mit denen der USA. Demnach weisen die europäischen Streitkräfte zur See, zu Land und in der Luft sechsmal so viele unterschiedliche Waffensysteme wie die USA auf (Lösing/Wagner 2015). Die europäischen Staaten erhalten deshalb für die gleichen finanziellen Aufwendungen wesentlich weniger Rüstung. Mit dem Ziel, das Ergebnis der Rüstungsausgaben zu potenzieren und gleichzeitig gegenüber den USA Eigenständigkeit zu betonen, sind allerdings nicht die Gründe aus der Welt, weshalb die EU-Staaten in der Vergangenheit jeweils Rüstungspolitik als nationale Industriepolitik betrieben haben. Zweifel am Erfolg von PESCO sind also erlaubt.

Für diejenigen, die jegliche Ausgaben für Rüstung ablehnen, mag dies unerheblich sein. Für alle anderen, die die Aufstellung von Streitkräften befürworten, weil sie befürchten, ansonsten kriegerischen Drohungen wehrlos ausgesetzt zu sein, stellt die Tatsache, dass Rüstungspolitik immer noch weitergehend am nationalen Interesse ausgerichtete Industriepolitik ist, ein Ärgernis dar, da die eingesetzten Mittel ineffektiv und verschwenderisch eingesetzt werden. Das ist ein europäisches Skandalon und nur eine kritische europaweit agierende Öffentlichkeit wird zumindest die ärgsten Verschwendungen für Rüstungsgüter verhindern können.

Die geplanten und absehbaren Rüstungsausgaben weisen nicht auf eine in sich geschlossene Militärplanung hin, eher ist die Bezeichnung Flickwerk angemessen. Dafür sorgen allein schon die verschiedenen Interessengruppen, die von den stark erhöhten Rüstungsausgaben profitieren wollen. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass die Bundeswehr ihre Möglichkeiten für einen territorialen Staatenkrieg zwar reduzierte, aber im Fokus der Rüstungsentwicklung bei den Unternehmen stets der Staatenkrieg stand. Verantwortlich für diese Differenz zwischen der Entwicklung und dem Bedarf sind die unterschiedlichen Profitaussichten. Mit milliardenteuren Waffensystemen lassen sich schon während ihrer Entwicklung große Gewinne generieren. Solche Gewinnaussichten sind mit Schutzbekleidungen und ähnlichem nicht zu erwarten. Dabei spielte keine Rolle, dass die neu entwickelten Flugzeuge und Panzer ungeeignet für die asymmetrische Kriegführung waren. Ein weiterer Aspekt war und ist, dass die hier entwickelten Technologien sowohl Konzernen als auch Staaten einen Wettbewerbsvorteil versprechen. Die meisten großen Rüstungsprojekte standen und stehen also ganz im Zeichen

¹⁰ »Aufrüsten für Amerika?«, <https://www.zeit.de/> (23.2.2017).

des Imperativs einer national gefassten Industriepolitik. Für Kleidung und die Ausrüstung der Soldaten bei der Bundeswehr blieb dagegen über Jahre hinweg buchstäblich kein Geld übrig.

Die bislang bekannt gewordenen Rüstungsmaßnahmen zeigen, dass nun Anschaffungen durchgeführt werden, die lange als umstritten galten und schnell umgesetzt werden sollen. Die Überlegung Drohnen zu bewaffnen, ist mit einem Schlag kein Tabu-Thema mehr, sondern derzeit in vollem Gang. Da gleichzeitig die neue militärische Lage schwierig konzeptionell zu fassen ist, wird die Nachfrage nach Rüstungsgütern nicht nur vonseiten des Staates festgelegt, sondern auch die Angebotsseite kann die Nachfrage mitgestalten und stimulieren. Kurzfristig wird das Verteidigungsministerium jahrealte Bedarfsanforderungen der Truppe bei der Industrie nachfragen und entsprechende Anschaffungen tätigen, allein schon, um die Stimmung in den Verbänden zu verbessern. Weiter wird das Ministerium organisatorisch und strukturell die Streitkräfte auf ein im Grunde ad acta gelegtes Kriegsszenario, den territorialen Staatenkrieg, ausrichten, ohne dass die Entscheidungsträger dabei einfach auf die Konzepte aus dem 1980er-Jahren zurückgreifen können. Denn Technologien wie die Drohnenkriegführung sowie die gesteigerte Digitalisierung haben das Kriegsgeschehen verändert. Daraus ergeben sich für die Interessengruppen Gestaltungsmöglichkeiten für ihr »Markthandeln«, die sie nach Kräften nutzen werden. Alte Projekte werden wiederbelebt und neue Pläne aus dem Boden gestampft. Dies alles wird dazu führen, dass das Ministerium Planungen vorantreiben wird, die uferlos sein könnten. Mit dem Hinweis auf die desolante Situation der Bundeswehr wird versucht werden, alle möglichen Rüstungsgüter zu beschaffen, frei nach dem Motto, »... darf's ein bisschen mehr sein?« Auch hier wird es im Wesentlichen auf eine kritische Öffentlichkeit ankommen, um die drohende Uferlosigkeit zu begrenzen.

Vom Aufstieg der Rüstungsschmieden und dem Wandel der Exportnation Deutschland

Die Verschuldung der Bundesrepublik, um Rüstungsgüter für die Bundeswehr bereitzustellen – die Rüstungsexporte für die Ukraine sind kein Bestandteil des »Sondervermögens« –, sind der Anfang eines Prozesses, der derzeit weitgehend von fast allen gesellschaftlichen Kräften akzeptiert wird. Dies ist auch deshalb so, weil die Aufrüstung bislang nicht mit spürbaren Einschnitten in anderen Bereichen verbunden wird. Es ist mehr als fraglich, ob dies so bleiben kann, ob also in den kommenden Jahren in der Sozial- und in der Umweltpolitik die finanziellen Mittel nicht verringert werden müssen, um die Kosten für Militär und Rüstung aufzubringen. Langfristig dürften sich nicht so sehr

die 100 Milliarden Euro Schuldenaufnahme folgenreich auf die Sozioökonomie auswirken, sondern vor allem die dauerhafte Erhöhung des Militäretats. Wenn die Bundesrepublik jedes Jahr zwei Prozent des BIPs für das Militär ausgibt, sind dies bezogen auf das BIP von 2021 ungefähr 20 Milliarden Euro mehr im Jahr als im Einzelplan 14 für das Jahr 2022 vorgesehen sind. Die Militärausgaben Deutschlands würden zukünftig wenigsten ungefähr 70 Milliarden Euro im Jahr betragen (Deutscher Bundestag 2018; Statista 2022a).

Die meisten kostenintensiven Rüstungsvorhaben sind noch in der Planung. Für die Umsetzung der Rüstungsvorhaben wird sich die Ausrichtung vieler industrieller Produktionsstätten ändern. Dies gilt nicht nur für die Werften-Industrie. Zurzeit werden von Seiten der NATO-Staaten Alt- und Restbestände aus der Zeit vor 1990 in die Ukraine gebracht und durch die ukrainischen Streitkräfte »verbraucht«. Neue Rüstungsprojekte, die die Überlegenheit westeuropäischer Streitkräfte für die kommenden Jahrzehnte sichern sollen, werden vorangetrieben, um den eigenen geopolitischen und ökonomischen Status zu sichern.

Mit dem Krieg in der Ukraine ist Russland als Exportmarkt weggefallen. Noch schwerer wiegt, dass das Land zugleich als Quelle für billige Energie (Gas und Kohle) und günstige Rohstoffe weitgehend versiegt ist. Letzteres führt zu einem enormen Kostenanstieg in energieintensiven Produktionsstätten, die die Exporte verteuern werden. Zusammen mit den Unsicherheiten, wie lange noch die Volksrepublik China als verlängerte Werkbank und expansiver Absatzmarkt genutzt werden kann, zeichnet sich für die bundesdeutsche Ökonomie eine Krise ab. Ein möglicher Ausweg daraus könnte darin bestehen, die Produktions- und Lieferketten mehr auf den europäischen Binnenmarkt und die unmittelbaren Anrainerstaaten hin auszurichten. Bereits durch die Unterbrechung der Lieferketten aufgrund der pandemischen Politik in China präferiert die EU den Abbau von Rohstoffen innerhalb ihres Wirtschaftsraumes.¹¹ Auch die Bemühungen der EU, mit Investitionen die Halbleiter-Produktion in EU-Staaten zu fördern, zeugen von einer verstärkten Konkurrenz um Vorteile bei Technologien und Standorten zwischen den hegemonialen Polen. Die Angst geht um, dass Vorteile des konkurrierenden Pols zu Abhängigkeiten führen könnten, die einen hohen politischen und ökonomischen Preis haben könnten.¹²

Welche Möglichkeiten zur Regulation von Investitionen ein Staat hat, davon zeugt die Weigerung des Wirtschaftsministeriums im Mai 2022, Hermes-

11 Einen Überblick über die Schwierigkeiten, Widersprüche und Schwächen der EU, sich Rohstoffe zu sichern, gibt Reisch (2022).

12 »EU will Halbleiterproduktion in Europa massiv fördern«, <https://www.zeit.de/> (8.2.2022).

Bürgschaften zu genehmigen, um Investitionen des VW-Konzerns in China abzusichern. Spielten bei dieser Entscheidung die Menschenrechtsverletzungen der Uiguren durch den chinesischen Staat eine Rolle, so ist mitnichten ausgeschlossen, dass dieses Instrument in anderen Zusammenhängen ebenfalls angewendet werden könnte.¹³ Auch aus Unternehmen selbst ist zu hören, dass die Produktions- und Lieferketten möglichst nicht mehr über unterschiedliche hegemoniale Zonen verteilt werden sollen.¹⁴ Bei der Wahl eines Standortes für eine Produktionsstätte wird zukünftig der Faktor Nähe zum Absatzmarkt und damit die Höhe der Transportkosten an Bedeutung gewinnen. Sowohl die Liefer- wie die Produktionsketten werden, so meine These, obendrein bevorzugt in Räume verlegt, von denen vermutet wird, dass sie eine geringerer politische Friktionsgefahr bergen. Die Produktion- und die Lieferketten würden damit mehr als bisher nach politischen Gesichtspunkten strukturiert. Die Produktion von Rüstungsgütern könnte, zumindest für eine Übergangsperiode, die negativen Effekte dieser Umorientierung, dämpfen. Ein Vorbild hierfür kann die Rüstungspolitik der USA bilden, die schon seit Jahren zwischen drei und vier Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für das Militär ausgeben (Statista 2022b).

Die Militarisierung der industriellen Produktion wird nicht die einzige Folge der massiven Aufrüstung bleiben. Im Zusammenhang mit der Bundeswehr stellt sich längerfristig die Frage, ob ihre Personalausstattung erhöht werden muss, schließlich müssen die vielen neuen Waffensysteme bedient werden. Von führenden Militärs wird derzeit die Einführung einer Wehrpflicht, im Sinne einer exklusiven Dienstverpflichtung von jungen Volljährigen, abgelehnt. Vor allem werden SoldatInnen benötigt, die eine langanhaltende Ausbildung durchlaufen müssen und anschließend über Jahre hinweg bei der Bundeswehr Dienst leisten. Gleichzeitig wird immer wieder darauf verwiesen, dass die Bundeswehr über die Wehrpflicht mit jungen Menschen in Kontakt treten und deshalb leichter als heute Personal »gewinnen« konnte. Als fast ausgeschlossen kann gelten, dass wieder eine Wehrpflicht eingeführt wird, die ausschließlich jungen Männern gilt. Viel wahrscheinlicher ist dagegen, dass perspektivisch eine allgemeine Dienstpflicht eingeführt wird. Sie würde dann für alle jungen Menschen gelten, die bestimmte Tauglichkeitskriterien erfüllen. »Allgemein« meint in diesen Zusammenhang, dass alle BundesbürgerInnen in einem bestimmten Alter verpflichtet sein wür-

13 »Staat verweigert Garantien für VW in China«, <https://www.faz.net/> (29.5.2022).

14 Als Beispiel sei hier ein Interview mit Andreas Schick angeführt, der unter anderem für den Einkauf des Autozulieferers Schaeffler zuständig ist. »Die Lieferketten brauchen einen Paradigmenwechsel«, <https://www.maschinenmarkt.vogel.de> (8.6.2022).

den, zu entscheiden, in welchen Einsatzbereichen sie ihren Dienst ableisten wollen – also zum Beispiel in einem Krankenhaus, in einer Pflegeeinrichtung oder eben bei der Bundeswehr. Eine solche Dienstpflicht könnte in konservativen Kreisen, in den Kirchen, in den Sozialverbänden und auch im sozialdemokratischen und grünen Milieu auf Zustimmung stoßen. Etwas für die Allgemeinheit zu leisten, so das Standardargument, sei gut für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Nicht nur der Bundeswehr fiele es dann leichter Personal zu rekrutieren, und im Sozial- sowie noch mehr im Gesundheitsbereich würden wieder mehr dringend benötigte billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Die CDU hat auf ihren Parteitag im September 2022 eine solche mögliche Dienstpflicht als »Gesellschaftsjahr« bezeichnet (vgl. CDU 2002: Beschluss C100). Bereits die Frage, welchen Einsatzbereich junge Menschen wählen, bedeutet, dass das Militär und der Krieg in ihrer Sozialisation und in ihrem kulturellen Alltag zukünftig eine größere Rolle spielen werden.

In der Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 sprach Bundeskanzler Scholz von einer Zeitenwende. Auch wenn solche Aussagen stets im Verdacht stehen, bloßes Wortgeklingel darzustellen, könnte der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine tatsächlich eine gesamtgesellschaftliche Umbruchssituation herbeigeführt haben. Für gesellschaftliche Umbrüche hat es bereits vor dem 24.2.2022 gute Gründe gegeben. Allein die Risiken des Klimawandels verlangen schon lange andere gesellschaftliche Verhältnisse, verlangen ein Umsteuern des Wirtschaftens. Dazu gehört, dass zukünftig die Energieversorgung nicht auf fossilen Brennstoffen beruhen wird. Zu den positiven Effekten dieser »Zeitenwende« gehört, dass die Dekarbonisierung möglicherweise in absehbarer Zeit große Fortschritte machen wird. Die disruptive Form dieses Prozesses ist freilich nicht als positiv zu bewerten. Auch das 100-Milliarden-Euro-Paket gehört eher zu den Schattenseiten der »Zeitenwende«. Je länger der Ukraine-Krieg dauert, je länger die Bedrohung durch das Regime Putin anhält, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich die inneren Verhältnisse in der Bundesrepublik militarisieren. Ob eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu China diese Tendenz verschärfen oder gar weitere Umbrüche auslösen wird, muss an dieser Stelle offen bleiben.

Literatur

- Baerbock, Annalena (2022): In schwierigen Zeiten den transatlantischen Moment nutzen – unsere gemeinsame Verantwortung in einem neuen globalen Umfeld. New York (2.8.2022). URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/>, Zugriff: 25.9.2022.
- Bundesregierung (2022): 100 Milliarden Euro für eine leistungsstarke Bundeswehr (10.6.2022). URL: <https://www.bundesregierung.de/>, Zugriff: 27.9.2022.
- Bundeswehrfinanzierungs- und Sondervermögensgesetz (BwFinSVermG). URL: <https://www.gesetze-im-internet.de/>, Zugriff: 27.9.2022.

- CDU (Hg.) (2022): Sachanträge (C) und Initiativanträge(I) des 35. Parteitages. URL: <https://www.cdu-parteitag.de/>, Zugriff: 25.9.2022.
- Deutscher Bundestag (2018): Drucksache 19/3144. URL: <https://dserver.bundestag.de/>, Zugriff: 27.9.2022.
- Heumer, Wolfgang (2022): FCAS: Dem Kampfflugzeug droht der Abschuss durch die Bundesregierung. In: VDI-Nachrichten (5.7.2022). URL: <https://www.vdi-nachrichten.com/>, Zugriff: 27.9.2022.
- Hösle, Vittorio (2022): Die große Zäsur: Putins Eroberungskrieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2022: 75-81.
- Kirsch, Martin (2022): Divisionen im Eiltempo – 2025, 2027 ... Bundeswehr auf NATO-Kurs? In: IMI-Analyse 45. URL: <https://www.imi-online.de/>, Zugriff: 29.8.2022.
- Laqueur, Walter (2015): Putinismus. Berlin.
- Lösing, Sabine / Wagner, Jürgen (2015): Auf dem Weg zur EU-Armee (Teil I): Vereint marschieren. In: IMI-Analyse 19. URL: <https://www.imi-online.de/>, Zugriff 25.9.2022.
- NATO (2022): Strategisches Konzept der NATO 2022. URL: <https://nato.diplo.de/>, Zugriff 25.9.2022.
- Obama, Barack (2011): Remarks By President Obama to the Australian Parliament. URL: <https://obamawhitehouse.archives.gov/> (17.11.2011), Zugriff: 25.9.2022.
- Paul, Michael (2015): Die amerikanische Schwerpunktverlagerung nach Asien. Die militärische Dimension. SWP-Studie 2015/S 05. Berlin. URL: <https://www.swp-berlin.org/>, Zugriff: 29.8.2022.
- Plasa, Wolfgang (2019): America First! Über die Rückständigkeit einer Politik der Rücksichtslosigkeit. Marburg. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783828872912>.
- Reisch, Viktoria (2022): Das Rennen um die Rohstoffe. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hg.): SWP-Zeitschriftenschau 2022/ZS 01. Berlin. URL: <https://www.swp-berlin.org/>, Zugriff: 24.9.2022.
- Schmidt, Dorothea (2020): Gibt es in Deutschland einen militärisch-industriellen Komplex? In: PROKLA: 201 50(4): 617-641. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i201.1916>.
- Statista (2022a): Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1950 bis 2021. URL: <https://de.statista.com/>, Zugriff: 24.9.2022.
- (2022b): Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA von 2006 bis 2021. URL: <https://de.statista.com/>, Zugriff: 27.9.2022.
- Strutynski, Peter (2011): Uneingeschränkte Solidarität: Das neue strategische Konzept der NATO. In: PROKLA 162 41(1): 51-67. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v41i162.360>.
- Wagner, Jürgen (2021): Future Combat Air System. In: Netzwerk Friedenskooperative 5. URL: <https://www.friedenskooperative.de/>, Zugriff: 27.9.2022.
- Warburg, Jens (2020): Geopolitische Umbrüche und Determinanten deutscher Außenpolitik. In: PROKLA 201 50(4): 593-615. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i201.1915>.